

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hagen Reinhold, Michael Theurer,
Reinhard Houben, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/10163 –**

Für eine starke maritime Wirtschaft als Teil der deutschen Industrie der Zukunft

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft, des Schiffbaus und des Marineschiffbaus zu verbessern und zur Stärkung der europäischen und internationalen Märkte beizutragen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10163 abzulehnen.

Berlin, den 18. Dezember 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Johann Saathoff
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Johann Saathoff

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/10163** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der FDP schickt voraus, ein Viertel des deutschen Exporthandels finde über maritime Handelswege statt. Um die Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft weiterhin gewährleisten zu können, müssten Forschung, Innovation sowie die Implementierung hoher Umwelt- und Klimaschutzstandards gefördert werden. Dazu komme die Notwendigkeit, die maritime europäische Handelspolitik auszubauen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Hierzu schlägt die Fraktion der FDP vor, Maßnahmen auf den folgenden Gebieten zu ergreifen:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft, des Schiffbaus und Marineschiffbaus;
- Verbesserung der maritimen Ausbildung und des Schifffahrtsstandorts Deutschland;
- Verbesserung der maritimen Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen;
- Verbesserung der Digitalisierung und der Logistik der maritimen Wirtschaft;
- Verbesserung der Binnenschifffahrt und der deutschen Binnenwasserstraßen;
- Verbesserung der Energiegewinnung durch Offshore-Wind;
- Verbesserung der maritimen Rohstoffgewinnung und des Tiefseebergbaus;
- Verbesserung des maritimen Umweltschutzes und der Meeresforschung;
- Verbesserung der Sicherheit des Schiffsverkehrs und des Küstenschutzes;
- Verbesserung des maritimen Tourismus und der Kreuzschifffahrt.

Auf institutioneller Ebene sollen die Nationalen Maritimen Konferenzen (NMK) gestärkt werden.

Für weitere Einzelheiten bezüglich der Forderungen wird auf die Drucksache 19/10163 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 74. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 52. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 46. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 60. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD

und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 57. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 38. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 36. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 50. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 46. Sitzung am 18. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/10163 in seiner 55. Sitzung am 18. Dezember 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** führte ein, sie habe ihren Antrag bereits im Vorfeld der Maritimen Konferenz vom Mai 2019 eingebracht. Im Gegensatz zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen, der damals im Plenum direkt abgestimmt worden sei, habe das Plenum den FDP-Antrag in den Ausschuss überwiesen. Der Antrag fokussiere unter anderem drei Themen: Bei den Rohstoffen und deren Erschließung durch die Meerestechnik sei die deutsche Wirtschaft durch viele kleine und mittlere Unternehmen gekennzeichnet, wodurch diese eher auf Schwierigkeiten bei der Markterschließung träfen. Die Bundesregierung tue zu wenig, um den Tiefseebergbau voranzutreiben. Zum zweiten gehe es um die Frage der Reallabore und deren Bedeutung für die Antriebstechnik von Schiffen. Dabei sei LNG ein guter Energieträger für den Übergang; zunehmend müssten aber Treibstoffe mit Hilfe erneuerbarer Energien entwickelt werden. So hätte die Flotte der Behördenschiffe beispielgebend für die Entwicklung moderner Antriebstechnologien als Reallabor genutzt werden können. Drittens sei die Entwicklung der Infrastruktur von enormer Bedeutung, was das Beispiel China demonstriere. Andere Länder böten komplette Konzepte von der Finanzierung bis zum Bau von Schiffen, um diese anschließend besser verkaufen zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bedauerte, dass auch ihr, vom Mai 2019 datierender Antrag erst jetzt debattiert werde. Die maritime Wirtschaft finde als Branche deutlich zu wenig Beachtung und dürfe nicht auf die norddeutschen Regionen beschränkt werden. Große Zulieferer seien auch in den südlichen Bundesländern ansässig. Daraus ergäben sich auch für die Logistik Herausforderungen. Die maritime Wirtschaft müsse zudem in Hinsicht auf den Klimaschutz betrachtet werden. Die Fraktion forderte die Einsetzung eines maritimen Koordinators auf Europaebene sowie die Einrichtung weiterer europäischer maritimer Emissionsschutzzonen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte die positive Entwicklung im Bereich der maritimen Wirtschaft heraus. Die Bundesregierung werde das Hafenkonzept mit dem Ziel fortentwickeln, die Häfen zunehmend auch als Energiestandort zu etablieren. Dies betreffe nicht nur die Produktion von Energie durch Kraftwerke, sondern auch die Import- und Exportlogistik in den Bereichen LNG und Wasserstoff. Die Landstromversorgung der Schiffe müsse ausgebaut werden. Im Folgenden legte die Fraktion ein Augenmerk auf die Munitionsbergung in Seegewässern.

Die technologischen Entwicklungen in diesem Bereich seien zu begrüßen. Allerdings werde dadurch auch das Ausmaß der Probleme mit verklappter Munition deutlich.

Die **Fraktion der SPD** wertete die Maritime Konferenz vom Mai 2019 als Erfolg. Der Antrag der Koalitionsfraktionen im Zusammenhang mit der Maritimen Konferenz 2019 habe die ökonomische Bedeutung der maritimen Wirtschaft gewürdigt. Die Fraktion beleuchtete unter anderem folgende Handlungsfelder: Zum einen gehe es in Antwort auf die China-Strategie 2025 um den Schiffbau in Deutschland. Die Branche befinde sich in einer guten Lage. Bei Spezialschiffen befänden sich deutsche Firmen in der Weltspitze. Schließlich habe das Bundesministerium der Verteidigung auch erkannt, dass der Bau militärischer Schiffe Spitzentechnologie beinhalte. Weiterhin gehe es um die maritime Energiewende, um alternative oder ergänzende Schiffsantriebe. Was die Offshore-Potentiale betreffe, so sei das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie mit zusätzlichem Personal ausgestattet worden. Die Fraktion merkte an, dass die Frage der Schiffsfinanzierung weiter offen sei. Statt des Tiefseebergbaus, wie von der Fraktion der FDP gefordert, solle besser die Bergung von Munition angegangen werden.

Die **Fraktion der AfD** äußerte Unterstützung für die meisten Punkte des Antrags der Fraktion der FDP. Es gehe um eine technologie- und unternehmensneutrale Industriepolitik. Die Fraktion kritisierte darüber hinaus die Marktverzerrungen durch die Subventionspolitik Chinas und Südkoreas beim Schiffbau.

Die **Fraktion DIE LINKE.** forderte, der Schiffsverkehr müsse genauso wie andere Bereiche zum Klimaschutz beitragen. Generell spreche sich die Fraktion dafür aus, den Welthandel und den daraus resultierenden Transport einzudämmen und stattdessen die regionale Produktion und den regionalen Konsum anzuregen. Bei den alternativen Antrieben müsse die Brennstoffzelle mit grünem Wasserstoff betrieben werden. Die Produktion von LNG durch Fracking sei zu kritisieren, der Bau von entsprechenden Terminals sei zu beenden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10163 zu empfehlen.

Berlin, den 18. Dezember 2019

Johann Saathoff
Berichterstatter

